

Ressort: Gesundheit

Kassen fordern mehr Sicherheit für Patienten

Berlin, 30.10.2018, 18:55 Uhr

GDN - Nach dem Geständnis eines früheren Krankenpflegers, 100 Patienten zu Tode gespritzt zu haben, rufen Krankenkassen und Politiker die Kliniken auf, mehr für die Sicherheit ihrer Patienten zu tun. Derartige Verbrechen seien zwar vor allem ein Fall für die Staatsanwaltschaft, sagte ein Sprecher des Kassenverbands der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Mittwochsausgabe).

"Sie müssen aber auch Anlass für die Kliniken sein, ihre internen Prozesse auf den Prüfstand zu stellen und zu fragen, ob wirklich alles getan wird, um etwas Derartiges für die Zukunft auszuschließen." Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages, Erwin Rüdgel (CDU), verlangte eine ärztliche Untersuchung jedes Toten. Nur Bremen habe bisher eine qualifizierte Leichenschau gesetzlich verankert. "Ich würde mir wünschen, dass andere Länder diesem Beispiel folgen würden oder Krankenhäuser freiwillig eine Leichenschau grundsätzlich durch einen Rechtsmediziner durchführen ließen", so Rüdgel. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Karl Lauterbach, sagte der Zeitung, niemand könne ausschließen, dass es nicht ähnlich gelagerte Fälle gebe. Er rief die Kliniken auf, Verbesserungen beim "Tabu-Thema" ungeklärter Todesfälle vorzunehmen. Ansonsten müsse womöglich der Gesetzgeber "im Rahmen der Qualitätssicherung Vorgaben machen". Anders als in den Vereinigten Staaten gebe es in Deutschland keine institutionalisierten Fallkonferenzen, in denen Ärzte ungeklärten oder gehäuften Todesfällen in Krankenhäusern nachgingen. "Das haben wir in Deutschland nicht, und das halte ich für ein sehr großes Problem", sagte Lauterbach. Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Georg Nüßlein (CSU), warnte davor, die Bedingungen in der Pflege durch mehr Kontrolle, Bürokratie und Misstrauen zu verschlechtern. "Pflegekräften müssen wir nicht weniger, sondern mehr an Verantwortung übertragen, um junge Menschen zu diesem Beruf zu motivieren", so Nüßlein.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-114431/kassen-fordern-mehr-sicherheit-fuer-patienten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619